

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Meißner Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiesinger in Neuenbürg.

Ar. 99 Freitag den 29. April 1932 90. Jahrgang

Internationale Wirtschaftskonferenz

zur Sentung der Zolltarife?

Washington, 28. April. Das Repräsentantenhaus hat die von den Demokraten eingebrachte Vorlage über die Zolltarife angenommen, die dem Präsidenten die Vollmacht nimmt, die Höhe der Einfuhrzölle abzuändern. Diese Vollmacht soll wieder dem Kongress verliehen werden. Die Vorlage erlaubt ferner dem Präsidenten Hoover, sich für die Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz einzusetzen, die vor allem eine Senkung der Zolltarife herbeiführen soll. Man nimmt an, daß Präsident Hoover sein Veto gegen diese Vorlage einlegen wird.

Der Verband britischer Industrien gegen Verleihung engl. Kapitalen ans Ausland

London, 28. April. Der Verband britischer Industrien, der schon immer für die Idee einer Antarktis des britischen Reiches eingetreten ist, veröffentlicht eine Broschüre über die neue Währungs- und Industriepolitik Englands. In dieser Veröffentlichung wird u. a. erklärt, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, wo mit der engl. Politik, britische Kapitalien an andere Volkswirtschaften zu verleihen, gebrochen werden müsse. Englische Kapitalien seien nur der englischen Industrie im Empire zur Verfügung zu stellen oder höchstens den fremden Ländern, deren Industrien mit der englischen Produktion nicht in Konkurrenz stehen.

Kreuzer macht Schule

London, 28. April. Paul Richard Kuehnrich, ein früherer Direktor der Firma Farwood Limited, der eine fahrende Versuchsanstalt in der Stahlindustrie von Sheffield ist, wurde in seinem Hause Dolly Court in Sheffield erschossen aufgefunden. Am Mittwoch war mitgeteilt worden, daß Kuehnrich eine Urkunde unterzeichnet hatte, wonach er seine Aktien an seine Gläubiger überlassen hat. Er hatte schwere Verluste in der Universal-Stahlkorporation erlitten.

Kein österreichisches Moratorium

Wien, 28. April. Wie die amtliche Nachrichtenstelle mitteilt, entbehrt die Meldung, Oesterreich sei im Begriff, ein Moratorium zu erklären, jeder tatsächlichen Grundlage. Die Meldung sei besonders deshalb falsch, da sie mit den schon wiederholt abgegebenen Erklärungen der maßgebenden österreichischen Stellen in offenem Widerspruch stehe.

Der Reichstanzler vor der Weltpresse

Genf, 28. April. Reichstanzler v. Brünning empfing heute abend die Vertreter der Weltpresse, um sich vor ihnen über seine Genfer Besprechungen zu äußern. Er erklärte einleitend, er sei nach Genf gekommen, nicht, um in die öffentliche Debatte des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz einzutreten, sondern um mit den führenden Staatsmännern der verschiedensten Nationen sich über die schwerwiegendsten Fragen zu unterhalten. Er verspreche sich von solchen Unterredungen immer außerordentlich viel, und auch diesmal sei der Boden für eine ganze Anzahl von Fragen geklärt worden. Er habe außerordentlich bedauert, daß der französische Ministerpräsident erkrankt sei, zumal durch diese Erkrankung die Besprechungen in dieser Woche nicht fortgesetzt werden können.

Die deutsche Stellung in der Abrüstungsfrage habe sich nicht verändert. Deutschland halte an seinem Standpunkt der Gleichberechtigung und an der Notwendigkeit einer tatsächlichen Abrüstung fest. Darüber sei sich das deutsche Volk durchaus einig, so groß auch sonst die Parteiverhältnisse sein mögen. Der Reichstanzler betonte den Zusammenhang der politischen und wirtschaftlichen Fragen, die gegenwärtig die Welt bewegen und wies darauf hin, daß man auch in der Reparationsfrage den Tatsachen ins Gesicht sehen müsse. Es handle sich nicht nur um wirtschaftliche und technische Dinge, sondern darum, die psychische Grundlage für ein größeres Vertrauen der Völker zu schaffen. Man sollte sich nicht dadurch entmutigen lassen, daß die Dinge nicht so schnell gelöst werden können, wie man es wünschen möchte. Die Tatsachen hätten ein ganz außerordentlich schnelles Tempo angenommen und ihm müsse sich auch das Tempo der Beratungen anpassen, wenn die Lösungen nicht zu spät kommen sollten.

Der Reichstanzler warnte vor einer zu langsamen und nicht völligen Lösung der angesprochenen Fragen. Deutschland wisse, daß die Probleme nicht allein von Deutschland gelöst werden können, und daß eine internationale Zusammenarbeit und insbesondere die Mitarbeit Frankreichs heute notwendiger sei denn je. Man müsse heute Schritt machen mit dem politischen Zustand zwischen Krieg und Frieden und zu einem wirklichen, auf freier Verständigung beruhenden Frieden gelangen. Man dürfe nicht vergessen, daß die erregte politische Stimmung in Deutschland zu einem ganz großen Teil zurückzuführen sei auf die wirtschaftliche Not, die auf dem deutschen Volk lastet und darauf, daß Deutschland in allgemeinpölitischer Hinsicht allzuwele Enttäuschungen zugemutet worden sind. Das deutsche Volk, so betonte der Reichstanzler zum Schluß, sei in jeder Beziehung ein friedliebendes Volk und von der Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit überzeugt. Diese Haltung werde ihm aber erleichtert werden, wenn man

Ein Schritt der Mächte in Kowno

Kowno, 28. April. Die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und Italiens legten heute dem Minister des Äußeren von der Auffassung ihrer Regierungen hinsichtlich der Wahlen zum Remeler Landtag in Kenntnis, die folgende Punkte betreffen:

1. Die Ernennung und die Tätigkeit der Wahlschüsse muß unter gerechten Bedingungen gewährleistet werden.
2. Das Recht der Abstimmung darf nur Personen gewährt werden, die einen festen Wohnsitz im Gebiet von Remel haben.
3. Während der Wahlen ist Gewähr für Presse- und Versammlungsfreiheit gegeben.

Der Minister des Äußeren erklärte, die litauische Regierung stimme mit der Auffassung der Signatarmächte vollkommen überein. Er habe schon vorher alle Maßnahmen ergriffen, die er für nötig halte, um die Freiheit und Unverletzlichkeit der in einigen Tagen stattfindenden Wahlen zu gewährleisten. In Berliner politischen Kreisen hat die Erklärung des litauischen Außenministers, wie BB. dazu bemerkt, Erklärungen hervorgerufen. Bis jetzt ist nicht beobachtet worden, daß den Forderungen der Signatarmächte im voraus durch irgendwelche Maßnahmen litauischerseits Rechnung getragen worden sei. Die Wahlschüsse (Wahlkommissionen) sind nach wie vor vorwiegend einseitig mit großlitauisch eingestellten Personen besetzt und eben auf dieser Grundlage ihre Tätigkeit aus. Die Einbürgerung von Litauern auf Grund der bekannten ad hoc erlassenen Verordnungen, welche u. a. die Voraussetzung des einjährigen Wohnsitzes zur Erlangung des Bürgerrechts abgeschafft haben, sind nicht rückgängig gemacht worden und geeignet, das normale Wahlbild künstlich zu verändern. Zur Abstimmung der angeblich gewährleisteten Versammlungsfreiheit genügt es, auf die Vorfälle hinzuweisen, die in den letzten Tagen in Schmaleningen und Remel sich bei den Wahlveranstaltungen deutscher memelländischer Parteien abgepielt haben.

Berlin, 28. April. Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung die durch die britische Botschaft übermittelte Einladung zur Lausanner Konferenz am 16. Juni angenommen. Die Reichsregierung hat sich gleichzeitig damit einverstanden erklärt, daß die Einladung der kleineren Staaten durch die britische Regierung erfolgt.

ihm Berechtigtheit widerfahren lasse und ihm in schwierigen Augenblicken Hilfe leistet. Dann werde Deutschland ein starker Garant des Weltfriedens sein.

Wiederaufnahme der unterbrochenen Genfer Besprechungen nach Pfingsten?

Genf, 28. April. Aus Konferenzkreisen verlautet, daß man auf englischer Seite mit einer Wiederannahme der jetzt unterbrochenen Staatsmännerbesprechungen über die Abrüstungsfrage nach Pfingsten, und zwar am 18. Mai, rechnet.

Die NSDAP. arbeitet im Reichstag mit

München, 28. April. Laut Mitteilung der Nationalsozialistischen Korrespondenz wird sich die nationalsozialistische Reichstagsfraktion am 9. Mai an allen Arbeiten des Reichstages, auch an den Ausschussarbeiten, beteiligen.

Auszug der Nationalsozialisten aus dem Thüringer Landtag

Weimar, 28. April. Der Thüringer Landtag nahm heute mit der ersten Lesung des Haushaltsplanes die Plenarsitzungen wieder auf. Die Nationalsozialisten beantragten vor Eintritt in die Tagesordnung die sofortige Beratung ihres Antrages auf Auflösung des Landtages. Der Antrag wurde aber abgelehnt, worauf die nationalsozialistische Fraktion geschlossen den Sitzungssaal verließ. Die Sitzung verlief im übrigen ruhig.

Italiens Luftwaffe

Rom, 28. April. Der Luftkrieg in der Luft wird sich in Höhen von über 10000 Metern abspielen und es gilt, sich entsprechend vorzubereiten; so erklärte Luftfahrtminister Balbo in der Kammer bei der Beratung des Haushalts für die Luftfahrtwaffe. Die letzten italienischen Jagdflugzeuge erreichten bereits die Geschwindigkeit von 325 Kilometern bis zu 5000 Meter Höhe und darüber hinaus bis zu 300 Stundenkilometer. Man hält in italienischen Fliegerkreisen die Möglichkeiten, die sich aus der Heberwindung dünner Luftschichten ergeben, für so gewaltig, daß Präzisionen an Flieger in Italien überhaupt nur noch verteilt werden, wenn sie ihre Höhe in Höhen von über 10000 Metern und mit über 500 Stundenkilometer Geschwindigkeit durchzuführen imstande sind. Balbo verglich das Budget der italienischen Fliegerei von 754 Millionen Lire mit dem der Franzosen, das über 34 Milliarden Franken veranschlagt, und forderte das Parlament auf, die vom Faschismus aus dem Nichts geschaffene Flugwaffe nicht wieder in Verfall geraten zu lassen.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Vertheilung oder deren Raum 25 Rpfl., Reklametexte 40 Rpfl., Reklametexte 100 Rpfl., Zuschlag. Offerte und Kunstvertheilung 20 Rpfl. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachverfahrens hinsichtlich ist, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 5 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Zeitungsverträgen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Geschäftsabend für beide Teile in Neuenbürg. Für teile Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Japans Ziele

Aus dem Fernen Osten erhalten wir von gut unterrichteter Seite nachstehende interessante Ausführungen über die weltpolitisch so bedeutenden Vorgänge in Ostasien.

Schon im Jahre 1900 hatten die Japaner den Plan fertig, den sie jetzt mit der ihnen eigenen Folgerichtigkeit ins Werk setzen. Dieser Plan sah Folgendes vor: Die Befreiung der Mandchurei und deren Umwandlung in einen Pufferstaat mit dem früheren chinesischen Kaiser an der Spitze, der ein gefügiges Werkzeug der Japaner ist. Seine Diktatur ist nur eine Scheindiktatur. Er soll außer der Mandchurei auch die Mongolei regieren, d. h. er ist es schon. Durch die Ergreifung dieser Gebiete vergrößern die Japaner nicht nur ihre Kolonisationsmöglichkeiten, sondern sie bilden auch ein Bollwerk gegen die bolschewistische Propaganda in Korea und Japan.

Durch den Ueberfall auf Schanghai und dessen Hinterland haben die Japaner die Aufmerksamkeit der ganzen Welt, namentlich aber der Vereinigten Staaten, von ihren eigentlichen Plänen abgelenkt. Sie hoffen dadurch ohne Lärm ihre Angelegenheiten in der Mandchurei und Mongolei zu Ende zu führen. Außerdem konnten sie dadurch am besten die Einstellung der europäischen Staaten Japan gegenüber ergründen. Auch die Kriegsbereitschaft der Vereinigten Staaten muß sich jetzt offenbaren. Die Affäre von Schanghai war nur ein Manöver, das die wirkliche Arbeit Japans in der Nordmandchurei und der Mongolei, sowie Sowjetrußland gegenüber verschleiern sollte.

Durch die Schaffung eines mandchurischen Staates und die Erregung von Konflikten längs der russisch-chinesischen Grenze will Japan die Sowjetregierung zwingen, ihm den Krieg zu erklären. In diesem Zweck fordert es Sowjetrußland auch noch dadurch heraus, daß es die ostchinesische Eisenbahn zum Teil der Verwaltung der weissen russischen Abteilungen im Fernen Osten anvertraut, diese Emigranten-Abteilungen in jeder Weise unterstützt und deren Partisanen-ausfälle gegen die Bolschewisten fördert.

Der Plan ist ferner, einen großen Pufferstaat vom Baikal bis zum Ozean zu gründen, der den weissen russischen Abteilungen unter japanischem Protektorat überlassen werden soll. Infolgedessen wird jedenfalls in ganz Sibirien ein allgemeiner Aufruhr gegen die Sowjets ausflammen und möglicherweise der Sturz der Bolschewisten erfolgen. Dadurch entfällt für Japan die große Gefahr der bolschewistischen Propaganda im Osten und in Japan selbst.

Dies ist das vollständige Programm. Die beiden ersten Punkte sind schon zur Ausführung gekommen. Eben wird die Ausführung des dritten Punktes vorbereitet, die für diesen Sommer vorgezogen ist. Sie kann sich aber auch verzögern. Aber daß die Japaner darnach streben, Wladiwostok zu besetzen, kann keinem Zweifel unterliegen.

Eine noch entschiedener Fassung der Entschlieung des Neunzehner-Ausschusses

Genf, 28. April. Der Neunzehner-Ausschuss, der sich mit dem fernöstlichen Konflikt beschäftigt, ist heute nachmittag zu einer nichtöffentlichen Sitzung einberufen worden. Wie verlautet, steht jetzt die Tatsache zur Erörterung, daß die japanische Regierung, obwohl sie die Kompromissformel des britischen Gesandten in Schanghai angenommen hat, den Entschlieungsentwurf, der die gleiche Formel enthält, ablehnt und zwar mit der Begründung, daß der Neunzehner-Ausschuss sich nicht in die Einzelheiten des Waffenstillstandes einzumischen habe. Andererseits hat die chinesische Regierung mitgeteilt, daß sie die Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai unterbrochen habe, da sie den Waffenstillstand nur annehmen könne, wenn die Entschlieung des Neunzehner-Ausschusses gleichfalls von der japanischen Regierung angenommen werde. Angesichts dieser Lage, die seit Wochen auf einen Fortschritt einen unerwarteten Rückschlag in den Verhandlungen des Völkerbundes mit der japanischen Regierung folgen läßt, besteht bei einer Anzahl von Delegationen die Meinung, eine noch entschiedener Formulierung, als sie die gegenwärtige Entschlieung vorieht, vorzuschlagen.

Völkerbundsversammlung für Samstag einberufen

Genf, 28. April. Die heutige Sitzung des Neunzehner-Ausschusses für den chinesisch-japanischen Konflikt hatte das überraschende Ergebnis, daß die Völkerbundsversammlung auf kommenden Samstag vormittag zur Annahme der Entschlieung über die Schanghai Waffenstillstandsverhandlungen einberufen wurde. Wie verlautet, hat sich Japan nunmehr einverstanden erklärt, daß die Schanghaier Kompromissformel über die Befugnisse der Gemischten Waffenstillstandskommission in der Abstimmungfrage auch in den Text der Entschlieung aufgenommen wird, sodas deren einstimmiger Annahme nichts mehr im Wege stehen dürfte.

Stürmische Szenen im irischen Parlament

Dublin, 28. April. Im irischen Parlament kam es heute bei der Debatte über den Geleitzentwurf zur Abschaffung des Treueides zu überaus stürmischen Ausbrüchen. So erklärte der Abgeordnete der Republikanischen Partei, Danbreen, bei einer Anspielung auf die Wirren der irischen Revolution, daß sein Volkredem gewesen sei, wenn möglich, den Marischall Frankreich zu töten, um auf diese Weise den Bruch mit Großbritannien herbeizuführen. Wenn sich ihm Gelegenheit böte, fügte er hinzu, würde er sofort diese Tat begehen.



